

Schlecht für das Geschäft!

von Jürgen Clemens

Nur wenig hat sich offensichtlich im Swat-Tal seit der Einführung der 'Shariah' verändert — auf den Straßen der Kleinstadt Mingora sind im Frühjahrsregen nur ortsansässige Männer zu sehen. Eine einzelne Frau aus Karachi fällt kaum auf, obwohl sie sich nur wenig an die 'Purdah'-Bekleidungsgebote hält. Auch eine Gruppe europäischer Touristen zieht nicht die Aufmerksamkeit der Islamisten auf sich, obwohl sie lauthals die Auslagen der Handwerks- und Stoffläden begutachten.

Täuscht dieser flüchtige Eindruck? Während viele in Mingora sehnhelst Touristen erwarten, fürchten die ortsansässigen Geschäftsleute neue Proteste und Gewalttätigkeiten der TNSM. Nachdem der Gouverneur der NWFP im Januar den 'Nizam-e-Adl'-Erlaß verfügte (siehe dazu Kasten "Shariah in Malakand"), antwortete die TNSM, daß sie dessen Umsetzung drei Monate lang beobachten wolle. Sollte die Partei diesen Erlaß ablehnen, so befürchtet die lokale Geschäftswelt erneut den Verdienstaustausfall einer gesamten Fremdenverkehrssaison.

Schon nach der ersten Einführung der 'Shariah' im Swat-Tal im November 1994 gingen die Tourismuseinkünfte drastisch zurück. Auch wenn der religiös artikulierte Aufstand rasch an Schwung verlor, blieben die Islamisten doch einflußreich. Hierzu tragen auch intrigante Politiker und übereifrige Beamte bei, wie etwa nach dem Raketenangriff der USA auf das afghanische Khost im August 1998. Unmittelbar nach dem Ereignis begann die Polizei damit, alle Ausländer aus "Sicherheitsgründen" zusammen zu treiben. Dies galt offiziell als Reaktion auf Zeitungsberichte, wonach ein Anführer der TNSM mit Attentaten auf Ausländer gedroht haben soll. Doch auch nach dem offiziellen Dementi der TNSM-Führung beobachteten Geschäftsleute vor Ort, daß die Polizei über mehrere Monate hinweg ausländische Touristen belästigte.

Zusätzlich veröffentlichte die Provinzregierung in Peshawar den Hinweis an Ausländer, das Swat-Tal auf dem Weg in die nördlichen Hochgebirgsregionen zu umfahren. Dies verärgerte insbesondere die 'All Swat Hotels Asociaton' (ASHA), die dem Ministerpräsidenten

der NWFP vorwarf, den Tourismus der Nachbarregionen auf Kosten des Swat-Tales zu fördern. Schon im Juli 1998 stellte die 'Sarhad Tourism Corporation' (STC) einen Rückgang der Besucherzahlen von nahezu 60 Prozent beim alljährlichen Shandur-Polomatch fest, auf dem mit rund 3.500 Metern weltweit höchst gelegenen Poloplatz. Da dieses Match mit dem islamischen 'Eid Miladun Nabi'-Fest zusammentraf, drohten muslimische Geistliche damit, die Zelte der Besucher abzubrennen. Somit sind die Befürchtungen in Mingora und im Swat-Tal nicht ohne Substanz.

"Die TNSM ist zwar nicht länger populär genug, um öffentliche Unruhe zu erzeugen, doch unglücklicherweise hält sie die Touristen fern — und dies zählt am meisten" weiß ein niedergeschlagener Ladenbesitzer im Bazar von Mingora. Noch vor vier Jahren war er ein zufriedener Geschäftsmann. Doch seither sind die Besucherzahlen rückläufig und die lokale Bevölkerung leidet unter dem Verdienstaustausfall.

Diese Entwicklung schlägt sich auch in den Hotelbuchungen nieder. So gingen die Buchungen im 'Serena'-Luxushotel von 1991 bis 1998 von 7.247 auf 4.789 zurück. Noch dramatischer wirkt sich der Besucherrückgang jedoch in den einfacheren Hotels und Gasthäusern in der Stadt aus. Nach ASHA-Schätzungen gingen die Besucherzahlen ausländischer Touristen insgesamt gegenüber dem Zeitraum von 1988-93 um etwa 80 Prozent zurück (von 25.000 auf ca. 6.200). Auch die Besuche pakistanischer Touristengingen um rund 60 Prozent zurück (von 130.000 auf ca. 56.400). Die Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft sind fatal und zahlreiche Unternehmen stehen vor dem Aus. Die Tourismuseinnahmen sind auf weniger als ein Drittel der vorherigen Mittelwerte gesunken und viele Hotels und Gaststätten können die Löhne nicht mehr zahlen und entlassen ihre Beschäftigten.

Ein zusätzlicher Schlag trat mit der Aufgabe der traditionellen Seidenverarbeitung ein. Dieses Handwerk wurde 1995 durch Handelsrestriktionen gegenüber Afghanistan von wichtigen Rohstofflieferungen abgeschnitten. Etwa 40.000 Menschen verloren anschliessend ihre Beschäftigung.

Auch das lokale Transportgewerbe leidet unter diesem Einbruch. Selbst in der Hochsaison leisten sich die Fahrer von Motorrikshaws und Taxifahrer einen ruinösen Preiskampf um die wenigen Fahrgäste rund um Mingora. Daneben sind auch die unzähligen Handwerker und Gelegenheitsarbeiter vom Rückgang der Touristenbesuche betroffen. Die Nachfrage nach traditionellen Stickereien und handgewebten Stoffen und Schals aus lokaler Produktion ist ebenso rückläufig wie die Verdienstmöglichkeiten als Schuhputzer oder als Saftverkäufer

Auswirkungen der 'Shariah'

Zavar Khan macht ein langes Gesicht, während er auf einem Stuhl vor den Auslagen seines Ladens mit Handarbeiten und Antiquitäten aus dem Swat-Tal sitzt und auf Kundschaft wartet. Da die Kunden nicht mehr so zahlreich wie zuvor erscheinen, ist er wiederholt gezwungen, seine Preise unter die Gewinnspanne zu senken. Mit den sinkenden Verkaufserlösen der Händler gehen gleichzeitig auch die Löhne für die Handarbeiter zurück. "Für jedes Los von 20 bestickten Mützen erhalte ich nur noch 80 statt 110 Rupien", klagt Mir Alam in einem Nachbarort von Mingora, da der Großhandelspreis für solche Mützen von 500 auf 350 Rupien sank.

Die rückläufige Nachfrage wirkt sich letztlich auch auf die Vielfalt des traditionellen Kunsthandwerks und der Handarbeiten aus. So können die reichverzierten und arbeitsintensiven Handstickereien kaum noch kostendeckend verkauft werden. Viele Händler weichen deshalb auf billigere Maschinenstickereien aus, die sich besser verkaufen lassen. Diese Arbeiten stoßen jedoch auf eine starke Konkurrenz von Anbietern aus der Nachbarprovinz Punjab. Sie deklarieren ihre billigeren Waren häufig als "made in Swat" und verdrängen somit die ortsansässigen Handarbeiten. "Bislang mußte in Islampur, einem der größten Handwerkerzentren in Swat, niemand für Geld-einkommen den Ort verlassen", erinnert sich Fazl-i-Maboob, ein Lehrer des College in Mingora. "Selbst Kinder konnten täglich zwischen 60 und 120 Rupien verdienen." Doch mittlerweile kommen auch die Rohstoffe der im Swat-Tal hergestellten Produkte in großen Mengen aus Lahore und Rawalpindi, so daß die handgesponnene Wolle kaum noch Abnehmer findet und Frauen somit eine Einkommensquelle verlieren.

Viele der entlassenen Arbeiter gehen wieder in ihre Heimatdörfer zurück und verdingen sich dort als Handlanger der "Holzmafia", berichtet ein ASHA-Vertreter. "Vor dem Morgengrauen sind jeden Tag lange Reihen von Männern zu sehen, die Holzstämme aus den nahegelegenen Waldgebieten in die Holzdepots bringen". Neben dem weitverbreiteten illegalen Einschlag und Holzschmuggel durch einflußreiche Gruppen verstärken auch die ortsansässigen Talbewohner, mit traditionellen Waldnutzungsrechten, den Holzeinschlag. Während die staatliche Forstverwaltung von einer betroffenen Waldfläche von rund 100 Hektar ausgeht, schätzen regionale Umweltschutzorganisationen die Fläche auf mehr als 800 Hektar. Von insgesamt

knapp 500 Gerichtsfällen gegen illegalen Holzeinschlag in der Malakand-Division betreffen allein 351 das Swat-Tal.

Diese Entwicklung schockiert sowohl die Umweltschützer als auch die Hotelbetreiber. "Die Menschen kommen wegen der Landschaft, den Wäldern, Flüssen und wegen des Klimas nach Swat. Weshalb sollte noch jemand hierher kommen, wenn diese Ressourcen bald verloren sein werden?" fragt der Manager des 'Serena'-Hotels. Die zuständige Verwaltung ist auf diese Entwicklung nicht vorbereitet. So bat der Kommissar der Malakand-Division die Hotelvereinigung, sich doch direkt mit der TNSM-Führung in Verbindung zu setzen, um öffentliche Protestveranstaltungen von März bis Oktober diesen Jahres zu ver-

meiden. Entgegen der Übertragung der Verantwortung zu den notwendigen Verhandlungen an Dritte goß derselbe Kommissar jedoch mit einer Verfügung noch zusätzliches Öl ins Feuer der Fundamentalisten — seit Februar 1999 müssen alle Läden während der Gebetsstunden geschlossen werden. Dies wurde von der religiösen Lobby euphorisch begrüßt, stieß jedoch bei den Händlern auf Ablehnung. Die Verwaltung war schließlich um Schadensbegrenzung bemüht und bezeichnete die Einhaltung der Verfügung als "optional".

(Übersetzung aus 'The Herald', Karachi, April 1999, und 'HIMAL', Kathmandu, Mai 1999: Jürgen Clemens)

'Shariah' in Malakand

"Der Islam in Malakand unterscheidet sich in nichts vom Islam in Afghanistan", rief der Gouverneur der North-West Frontier Province (NWFP) zur Einführung der 'Nizam-e-Adl Regulation 1999' (System of Islamic Justice Regulation 1999) zum Ramadan am 16. Januar 1999 aus. Somit wurde in der Malakand Division zum zweiten Mal innerhalb von vier Jahren die 'Shariah' ausgerufen. Zu diesem Zeitpunkt sah sich die Regierung von Premierminister Nawaz Sharif landesweit einer starken Opposition gegen seine eigenen 'Shariah'-Pläne ausgesetzt.

Die gebirgige Malakand-Division unterliegt schon seit der britischen Kolonialzeit besonderen Gesetzen für 'Stammesgebiete' - die 'Provincially Administrated Tribal Area Regulations' (PATA) wurden von der unabhängigen pakistanischen Regierung übernommen. Somit sind weiterhin lokale Notable und einige Verwaltungsbeamte für Recht und Ordnung zuständig. Diese Sonderrechte verstoßen nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofes in Lahore jedoch gegen Grundrechte der pakistanischen Verfassung. Daraufhin begann die Bundesregierung in Islamabad mit Vorbereitungen, das pakistanische Bürgerrecht auch in Malakand einzuführen. Dies stieß jedoch auf die Opposition lokaler religiöser Gruppen, die zuvor nur eine geringe Bedeutung besaßen. Erst in der Opposition gegen das allgemeine pakistanische Bürgerrecht verschafften sie sich eine Bühne und gründeten eine Bewegung zur Einführung der 'Shariah'. Nach unbestätigten Berichten fand die religiöse Partei 'Tehrik-e-Nifaz-e-Shariat-e-Mohammadi' (TNSM) auch die Rückendeckung der lokalen Bürokratie, die kein Interesse an diesen Reformen hatte. Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten TSNM-Kräften und para-militärischen Einheiten gab die Bundesregierung in Islamabad im November 1994 nach. Somit konnte das 'Shariah'-Recht durch die 'Nifaz-e-Nizam-e-Shariat Regulation' in Malakand eingeführt werden, wobei diese jedoch weniger streng ausfiel als von der TSNM gefordert wurde.

Dieses Gesetz setzte im wesentlichen das pakistanische Recht in Kraft, wurde jedoch mit Ergänzungen versehen, welche die Anwendung von 'Shariah'-Regeln

zur Streitschlichtung vorsehen, sofern beide Streitparteien diesem zustimmen. Insbesondere Juristen aus der Malakand-Division begrüßten diese Verbindung von nationalem Recht und den paschtunischen Stammestradi-tionen. Die TNSM drückte ihre Ablehnung jedoch in einem weiteren Streik aus und forderte die Straffreiheit für alle Taten, die vom Islam nicht ausdrücklich verboten seien. Dies wird aber vor allem als politische Schönfärberei interpretiert, um die gängige Praxis der Steuerhinterziehung, mit Ausnahme religiöser Abgaben, zu legalisieren. Im Juni 1995 kam es wiederum zu Kämpfen zwischen der TNSM und Polizeikräften, wobei elf Menschen umkamen. Anschließend wurde es ruhig um die TNSM und sie verlor an Unterstützung — auch die Kriminalitätsrate sank in der Malakand-Division drastisch. Offenbar hatte sich die Bevölkerung weitgehend mit dem neuen Recht von 1994 einverstanden erklärt.

Mit der erneuten Einführung der 'Shariah' hat sich die Situation jedoch drastisch verändert. Augenscheinlich nutzt die Sharif-Regierung die Malakand-Division als Präzedenzfall, um die 15. Verfassungsänderung zur landesweiten Einführung der 'Shariah' im pakistanischen Senat voranzutreiben.

Das neue Gesetz gibt insbesondere den islamischen Geistlichen durch die Einführung neuer Posten an den Gerichten zusätzliche Rechte. Für Geistliche wurden Stellen als "Assistenzrichter" (muavin qazi) und als "Religionslehrer und Juristen" (alim wakils) eingerichtet. Diese Ausnahmeregelung zugunsten der kleinen aber einflußreichen religiösen Lobby stößt bei Juristen auf entschiedenen Widerspruch, da sie gegen zentrale pakistanische Rechtsgrundsätze verstößt. Menschenrechtsaktivisten verweisen zudem auf den Verstoß des Gleichheitsgrundsatzes in der pakistanischen Verfassung, der als solcher auch im Urteil des Obersten Gerichtshofes von 1994 festgestellt wurde.

Dieser neue Vorstoß hat nicht nur die TNSM wiederbelebt, sondern vielmehr deren Widerspruch ausgelöst, da diese neue Regelung als nicht "taliban" genug verstanden wird. Es bleibt abzuwarten, ob die TNSM wiederum mit Gewalttätigkeiten antworten wird.